Nr. 4/2014 – November

concret

Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni

Ja zur Gebietsreform führt zu mehr Demokratie

Von Andreas Thöny

Nachdem das Bündner Volk 2012 der Schaffung von 11 Regionen zugestimmt hat, soll nun deren organisatorische Ausgestaltung festgelegt werden. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Nicht zuletzt dank unserer zurückgezogenen Volksinitiative «Starke Gemeinde – starker Kanton» steht eine Vorlage zur Abstimmung, die mit gutem Gewissen unterstützt werden kann. Der Grosse Rat hat sich vom Anliegen der Initiative lei-

Inhalt

Gebietsreform	1
Pauschal bescheuert	3
Gold-Initiative	4
Ecopop-Initiative	5
2. Gotthardröhre	6
Legislaturstart	7
Wirtschaftsbericht	8/9
Sozialabbau Stadt Chur	10
Asylpolitik in Davos	11
Danke!	12/13
JUSO	14
Leute: Pascal Pajic	15
Letzte Seite	16

JA zur Gebietsreform

Kantonale Volksabstimmung vom 30. November 2014

ten lassen und eine Gebietsreform verabschiedet, die auf «Starke Gemeinden» abzielt. Dieser Fokus führt letztlich zur Stärkung der Demokratie, was bei aller Kritik im Blick behalten werden soll.

Mit dem Fokus «Starke Gemeinden» werden die Regionen reine Vollzugsorgane für überkommunale Aufgaben. Schlank und rank kommen sie daher und haben weder Steuerhoheits- noch Gesetzgebungskompetenz. Die Gemeinden bestimmen selber, welche Aufgaben die Regionen zu erfüllen haben. Das wird in den Regionsstatuten festgehalten. Jede einzelne Gemeinde ist frei, ob sie diese Aufgaben selber erfüllen oder der Region übergeben will. Die Aufgabenübertragung geschieht mittels befristeter oder kündbarer Leistungsvereinbarungen, was Transparenz bezüglich Aufgaben und Finanzen schafft. Nichts mehr von Intransparenz wie sie in den heutigen 400 Zweckverbänden vorherrscht. Wer beschliesst die Leistungsvereinbarung wie auch die Regionsstatuten? Jede Gemeinde in ihrem demokratischen Prozess.
Der Kanton seinerseits kann den Regionen Aufgaben übertragen: Betreibungs- und Konkurswesen, Richtplanung, Zivilstandswesen und Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Mit dem Fokus «Starke Gemeinden» befindet die Präsidentenkonferenz (PK) über die Geschicke der Region. Ihr gehören ausschliesslich Gemeindepräsidentinnen und –präsidenten oder Gemeindevorstandsmitglieder an. Sie vertreten nach dem Prinzip der kurzen Wege die Interessen im Auftrag ihrer Gemeinde am besten. Das in einem ersten Blick vermutete Demokratiedefizit der PK löst sich in Luft auf, wenn man weiss, dass sie lediglich das umsetzt, was in den Gemeinden mittels Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung beschlossen wurde. Als Kontrollorgan der Region amtet eine Geschäftsprüfungskommission. Das operative Geschäft erledigt eine Geschäftsstelle, die von der PK gewählt wird.

Alles in allem ist diese Organisationsform der Regionen zweckmässig und kohärent. Man kann kritisieren, dass die Regionen zu wenig demokratisch seien und eine Volkswahl des Gremiums oder die Bildung eines Regionalparlaments demokratischer seien. Mit einem nur auf die Regionen gerichteten Blick mag das sogar zutreffen. Wenn man allerdings den Fokus auf «Starke Gemeinden» richtet, dann muss die Region schlank organisiert sein. Eine aufgeblähte Region würde Gemeindefusionen jäh stoppen oder zumindest arg verzögern.

Vorgesehen ist, dass die Regionen ab 1.1.2016 installiert und die Kreise und Regionalverbände aufgelöst werden können. Wobei die Kreise als Wahlsprengel für die Grossratswahlen beibehalten werden – vorderhand.

Andreas Thöny,
Präsident der SP-Grossratsfraktion, Landquart

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste mit 19 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung die **JA-Parole.**

JA zur Pauschalbesteuerungsinitiative

Eidg. Abstimmung vom 30. November 2014

Angela Buxhofer, Präsidentin SP Chur und Geschäftsleitungsmitglied der SP GR, Chur

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **JA-Parole.**

Pauschal besteuert - pauschal bescheuert!

Von Angela Buxhofer

Am 8. Februar 2009 hat der Kanton Zürich eine Initiative der Alternativen Liste zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung für ausländische Millionäre angenommen. Nach diesem Erfolg lancierte der Kongress der Alternativen Linken zusammen mit der SP Schweiz und weiteren Organisationen eine eidgenössische Initiative, welche im Oktober 2012 eingereicht wurde.

Inzwischen hat sich einiges getan. Nach Zürich schafften auch die Kantone Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Baselland und Baselstadt die Pauschalbesteuerung ab.

Aber was genau ist diese Pauschalbesteuerung? Pauschalbesteuert können Ausländerinnen und Ausländer ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz werden. Und zwar nach Lebensaufwand statt nach effektivem Einkommen. Mit der auf Bundesebene beschlossenen Revision vom September 2012 gilt neu der siebenfache Mietwert resp. der dreifache Pensionswert sowie ein Mindesteinkommen von 400 000 Franken als Pauschaleinkommen; zudem ist in den Kantonen mindestens das Zehnfache des Pauschaleinkommens als Vermögen zu versteuern. Zur Veranschaulichung: Der IKEA-Gründer Ingvar Kamprad versteuerte im 2013 in Epalinges (VD) knapp 165 000 Franken. Sein Vermögen betrug gemäss BILANZ-Rating im gleichen Jahr rund 42 Milliarden Franken. Die gesamten Steuereinnahmen von Bund, Kanton und Gemeinden betrugen 2010 rund 120 Milliarden Franken. Der Ertrag aus Pauschalbesteuerung betrug lediglich 668 Millionen. Dies entspricht 0.55 % der Steuereinnahmen.

Sollte also nach Annahme der Initiative am 30. November ein Teil der pauschalbesteuerten ausländischen Millionäre ins Ausland abwandern, wäre dies für die Schweiz durchaus verkraftbar. Wie die Erfahrung der Kantone zeigt, welche die Pauschalbesteuerung bereits abgeschafft haben, blieb über die Hälfte der Pauschalbesteuerten im Kanton. Von abwandernden Personen, zog ein Grossteil in andere Kantone. Ob diese die wunderschöne Schweiz mit unseren vielen Vorzügen wie Stabilität und Sicherheit ganz verlassen würden, bezweifle ich. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung würde jedenfalls dem interkantonalen Steuertourismus einen Riegel schieben.

Die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländerinnen und Ausländern steht in krassem Widerspruch zum Verfassungsgebot, wonach jeder Steuern nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlen soll. Wir müssen dafür kämpfen, dass in der Schweiz ALLE gleich behandelt werden, ob Schweizer oder Ausländer. Auch bei den Steuern.

Deshalb am 30. November JA zur Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung!

Nein zur Gold-Initiative

Eidg. Abstimmung vom 30. November 2014

Nein zum volkswirtschaftlichen Irrläufer Gold-Initiative

Von Lukas Horrer

Am 30. November stimmen wir über die Gold-Initiative ab. Schon mal was davon gehört? Nein? Sollte dem so sein, ist das nicht verwunderlich. Die Initiative ist ein volkswirtschaftlicher Irrläufer, wie er in der jüngeren Geschichte wirtschaftspolitischer Vorschläge seinesgleichen wohl vergeblich sucht.

Die Initiative möchte in unserer Verfassung verankern, dass die Nationalbank (SNB) mind. 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss. Weiter schreibt sie vor, dass dieses Gold unverkäuflich ist und in der Schweiz gelagert werden muss.

Die Initianten wollen damit, den aus ihrer Sicht grössten Betrug unserer Zeit (O-Ton SVP Nationalrat Lukas Reimann), das «ungedeckte Papiergeld» bekämpfen, vor Inflation schützen und bewirtschaften dazu den verklärten Goldmythos. Soweit so schlecht. Betrachten wir die Geschichte genauer: Müsste die SNB die Initiative tatsächlich umsetzen, hätte sie im Jahr 2013 Gold im Umfang von 63 Milliarden Franken dazukaufen müssen. Das, weil der Goldpreis 2013 um 30 Prozent fiel und die Bilanz durch die Verteidigung des Mindestkurses von 1.20 für CHF/EUR aufgebläht wurde. Das zugekaufte Gold von 63 Milliarden hat aber faktisch keinen Wert, da es nach der Initiative unverkäuflich ist. Kluge Geldpolitik geht anders.

Versuchen wir in die Zukunft zu schauen. Die SNB hat das Gold nun gekauft. In einigen Jahren beruhigt sich die Lage und die SNB kann die Bilanz verkleinern, da ihre Intervention am Devisenmarkt nicht mehr notwendig ist. Das Gold ist aber weiterhin unverkäuflich und macht darum einen immer grösseren Anteil der kleineren Bilanz aus. Bei der nächsten Krise wiederholt sich dieses Spiel erneut. Die Bilanz der SNB vergrössert sich aufgrund konjunkturpolitischer Interventionen und Gold muss (wenn der Goldpreis fällt), zugekauft werden um die 20 Prozent Forderung zu erfüllen. Ist die Krise wieder vorbei und die Bilanz wird kleiner, ist dieses Gold immer noch unverkäuflich. Die längerfristige Folge wäre also, dass die Bilanz der SNB faktisch «nur» noch (zu 40 bis 70 %) aus Gold bestünde.
Das Gedankenspiel zeigt: Die Initiative legt die SNB in Ketten und verhindert jegliche konjunkturstützende Massnahme. Einen Mindestkurs von CHF 1.20 gegenüber dem Euro könnte sie im Korsett der Initiative nur schwer oder gar nicht verteidigen. Die Arbeitsplätze in der Exportindustrie wären vernichtet. Das ist denn auch die eigentliche Idee der InitiantInnen: Die Schwächung der SNB.
Es bleibt abschliessend die Frage, was die Initianten mit so viel Gold wollen? Wollen sie es essen? Sagen wir Nein zur unverantwortlichen Initiative rechter Hobbyökonomen.

Lukas Horrer,
politischer Sekretär
SP Graubünden, Chur

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole.**

Nein zur Ecopop-Initiative

Eidg. Abstimmung vom 30. November 2014

Severin Bischof, Mitglied des Parteivorstandes SP GR & Gosser Landrat, Davos

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole.**

SVP rechts überholen?

Von Severin Bischof

Ecopop will laut Initiativtext die «natürliche Lebensgrundlage sicherstellen». Dieses an sich hehre Ziel soll mit zwei Massnahmen erreicht werden. Erstens wollen die Initianten die Zuwanderung auf maximal 0.2 % der Bevölkerung beschränken. Und zweitens soll 10 % der Entwicklungshilfe für Familienplanung eingesetzt werden, um damit das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.

Extremer als die SVP

Die Schweiz steckt in einer grossen Diskussion rund um die Themen Migration, Europa und Identität. Es geht um die Grundsatzfrage: Welche Schweiz wollen wir? Wollen wir eine isolierte Reduit-Schweiz oder wollen wir eine offene und moderne Schweiz? Kein Land kann die umweltpolitischen Herausforderungen alleine bewältigen. Die Lösungen können nur international und solidarisch gefunden werden. Ecopop will die Grenzen zumauern und übertrumpft dabei auch noch die fremdenfeindliche SVP. Sogar die Fanatiker aus Herrliberg bekommen bei Ecopop weiche Knie. Das sagt eigentlich schon alles.

Zynische Wachstumskritiker

Auch in linken Kreisen ist die Kritik am grenzenlosen Wachstum verbreitet – und das völlig zu Recht. Heute ist der Fussabdruck in den westlichen Ländern viel zu hoch. Es bräuchte beinahe drei Planeten, wenn alle den Ressourcenverbrauch der Schweiz hätten. Um dieses Ungleichgewicht zu lösen braucht es eine angepasste Lebensweise die auf Energieverbrauch, Mobilität, Essgewohnheiten, Raumbedarf und viele weitere Aspekte achtet. Davon will Ecopop aber nichts wissen: Statt den eigenen Verbrauch zu reduzieren, erheben die Initianten den moralischen Zeigefinger gegen die dritte Welt. Die afrikanische Mutter soll doch bitte weniger Kinder gebären, dann lässt es sich im europäischen Einfamilienhaus wieder beruhigt leben. Das ist zynisch, arrogant und es zielt komplett am Ziel vorbei.

Ursachen anpacken

Der Grund für die hohe Geburtenrate liegt in den ökonomischen Verhältnissen. Für viele Menschen sind Kinder eine wichtige Einkommensquelle und die einzige Altersvorsorge. Menschen, die in tiefer Armut leben, die brauchen sicher keinen Familienplaner der mit Kondomen um sich wirft. Was sie wirklich brauchen ist eine echte Zukunftsperspektive. Wohlstand, Ernährungssicherheit, Gleichstellung, Gesundheit und Bildung ermöglichen eine bessere Zukunft – und führen langfristig auch zu einer tieferen Geburtenrate. Die heutige Entwicklungshilfe zielt also genau auf die richtigen Punkte – eine Verlagerung wäre also völlig kontraproduktiv. Ecopop ist zynisch, unmenschlich und gefährlich.

2. Gotthardröhre

Jetzt gegen die 2. Gotthardröhre unterschreiben!

Von Jon Pult

Der Gotthard-Strassentunnel muss bis 2025 saniert werden. Während der Sanierung soll ein leistungsfähiger Bahnverlad für Autos im heutigen Eisenbahntunnel zwischen Göschenen und Airolo eingerichtet werden. Die Lastwagen können im 2016 eröffneten Gotthard-Basistunnel ebenfalls auf die Bahn verladen werden. Mit dieser ursprünglich vom Bundesrat angedachten Lösung, würde das Tessin während der Sanierungsphase auch mit Auto oder Lastwagen gut erreichbar bleiben. Und: Der Umwegverkehr über den San Bernardino wird verhindert.

Statt auf diese sichere Fährte setzt die Mehrheit in Bundesbern aber auf einen verfassungswidrigen, unsinnigen und teuren Irrweg: Den Bau einer 2. Gotthard-Strassenröhre. Damit würde die Strassenkapazität auf vier Spuren verdoppelt. Die Folge wäre schon bald ein Mehrfaches an Lastwagen aus ganz Europa auf unseren Transitachsen. Unsere Alpentäler würden noch mehr verpestet und verlärmt. Genau das also, was die Bundesverfassung seit der Annahme der Alpen-Initiative im Jahr 1994 verbietet. Denn eines ist sonnenklar: Sobald die vier Spuren gebaut sind, werden sie früher oder später auch befahren. Eine schwache Gesetzesbestimmung, wonach die beiden Röhren in Zukunft nur einspurig zu befahren sind, wird dem Druck der Auto- und Lastwagenlobby in der Schweiz und in der EU nicht standhalten.

Das Falschspiel am Gotthard ist ein hinterhältiger Angriff auf den Alpenschutz und die Verlagerungspolitik. Aber nicht nur. Die 2. Gotthardröhre ist auch eine Verschleuderung von Steuergeld und eine kolossale Fehlinvestition. Erstens kostet die Sanierung des Gotthardtunnels mit dem Bau der 2. Gotthardröhre rund drei Milliarden mehr als eine Sanierung mit dem provisorischen Auto- und Lastwagenverlad. Zweitens fehlt schon heute das Geld für Verkehrsprojekte in den Agglomerationen, wo es viel grössere Verkehrsprobleme gibt als am Gotthard. Und drittens wird mit der 2. Gotthardröhre der Erfolg des Jahrhundertbauwerks NEAT sabotiert. Kein Unternehmen der Welt würde die Wirkung einer 20-Milliarden-Investition derart liederlich gefährden, wie dies die Mehrheit in Bundesbern mit der NEAT tut!

Fazit: Nur ohne 2. Röhre kann die Verfassung respektiert, die Steuerzahlenden geschont, der Lastwagenverkehr eingedämmt, die NEAT voll genutzt und der Schutz der Alpen gewährleistet werden. Darum haben wir das Referendum ergriffen. Jede Unterschrift zählt!

Jon Pult, Präsident SP Graubünden und Präsident Alpen-Initiative, Chur

Der Unterschriftenbogen kann auf **www.zweite-roehre-nein.ch** heruntergeladen werden.

Auch in Graubünden wird gegen die 2. Röhre gesammelt. Stefan Grass leitet die Bündner Kampagne. Unterschriften sammeln sich nicht von alleine, darum brauchen wir deine Unterstützung.

Melde dich bei Stefan:
stefangrass@vtxmail.ch, 081 250 67 22. Danke!

Legislaturstart

Erika Cahenzli-Philipp, Grossrätin Kreis Fünf Dörfer, Untervaz

Meine erste Session als Grossrätin

Von Erika Cahenzli-Philipp

Strömender Regen begleitete die Vorbereitungssitzung in Maienfeld. Fraktionspräsident Andreas Thöny führte speditiv durch die erste Sitzung der Legislatur. In der Präsidentenkonferenz des Grossen Rates war vorgängig um die Sitzverteilung in den ständigen Kommissionen gefeilscht worden. Nach Parteienstärke stehen der SP-Fraktion neu elf Sitze zu, so viele wie noch nie. Alle Neuen dürfen Einsitz nehmen – danke den Bisherigen!

Der erste Tag im Churer Grossratssaal: Auf dem Arbeitsplan standen Wahlen, Vereidigungen, Begrüssungs- und Dankesreden. Da blieb Zeit, sich umzuschauen, sich Gesichter und Namen einzuprägen, Hände zu schütteln und am Beziehungsnetz zu knüpfen. Christina Bucher hielt als Alterspräsidentin die Eröffnungsansprache und baute dabei eine sympathische Überraschung ein, teilte sie doch ihre Redezeit mit dem jüngsten Ratsmitglied. Es folgte die Vereidigung des Rats, ein emotionaler Moment, gerade für die neuen Grossrätinnen und Grossräte. Stehend wurde geschworen oder gelobt, die Pflichten des Amtes zu erfüllen. Am Abend war der Kopf gefüllt mit neuen Eindrücken, die, im wörtlichen Sinn, laufend verarbeitet werden mussten.
Natürlich behandelten wir auch Sachgeschäfte. Conradin Caviezel hielt sich als Neuer nicht zurück, sondern plädierte wortgewandt für Eintreten auf die Wahlbeschwerde gegen den Grossen Rat. Obgleich der Antrag abgelehnt wurde und die Beschwerde nun ans Verwaltungsgericht weitergereicht wird, war Conradins Argumentation absolut korrekt und die Stellungnahme wichtig. Ausführlich wurde der Auftrag Augustin zur fortgesetzten Finanzierung für Kulturinstitutionen diskutiert. Sandra Locher Benguerel, taffe Wortführerin in Kultur- und Bildungsfragen, begründete den Auftrag und ging damit in Opposition zu unserem Regierungsrat Martin Jäger. Kulturell auf der Höhe zeigte sich dann die Mehrheit der Votantinnen und Votanten: Der Auftrag wurde überwiesen.

Samstag war Feiertag. Im Engadin feierten wir mit Grossrat Duri Campell seine Wahl zum Standespräsidenten. Die Fraktionspräsidenten überboten sich mit pointierten und teils humorvollen Ansprachen. In einer Rede wurde zum Beispiel Andri Perl hervorgehoben als bestangezogener Grossrat. Ehre wem Ehre gebührt! Andreas, unser Fraktionschef, glänzte durch Abwesenheit, hat dafür aber einen bayrischen Verwandten geschickt ...

Ich danke allen für die gute Aufnahme in der Fraktion und freue mich auf ein Wiedersehen im Oktober.

Wirtschaftsbericht der Regierung

Papiertiger mit Vorwärtsstrategie

Von Peter Peyer

Am vergangenen 22. April hat der Parteitag der SP Graubünden das wirtschaftspolitische Papier «Mut zur sorgfältigen Entwicklung» verabschiedet. Darin legen wir dar, was gute Rahmenbedingungen für die Bündner Volkswirtschaft sind und wo die Handlungsfelder liegen.

Der Kanton selbst beschäftigt sich ebenfalls mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Bevor die Totalrevision des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes (eine Forderung der SP-Fraktion) im Grossen Rat behandelt wird (wohl Anfangs 2016), hat die Regierung in einem Zwischenschritt einen umfassenden Bericht zur Wirtschaftsentwicklung in Graubünden vorgelegt. Er wird derzeit in der zuständigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben und im Dezember 2014 im Grossen Rat behandelt.
Der Bericht legt im ersten Teil die Wirtschaftszahlen des Kantons und die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Sektoren übersichtlich dar. Er zeigt die Bevölkerungsentwicklung und die daraus entstehenden Probleme (Überalterung, Abwanderung) auf. Spannend ist auch der Teil, der das Raumkonzept Graubünden und die daraus abgeleiteten Chancen und Risiken der wirtschaftlichen Perspektiven in acht geografischen Handlungsräumen darstellt. Gut ersichtlich dabei und wohl nicht ohne Folgen, dass die politische Einteilung des Kantons (11 neue Regionen) nicht deckungsgleich mit den funktionalen Wirtschaftsräumen im Kanton ist.

Sodann formuliert die Regierung Stossrichtungen, welche die zukünftige kantonale Wirtschaftsförderung verfolgen soll. Hier verharrt sie auf der vorsichtigen Seite. Keine Zeile verloren wird zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kultur wird auf die Frage reduziert, ob sie wirtschaftlich einen Ertrag abwirft, und nicht, ob ein kulturelles Angebot grundsätzlich eine Rahmenbedingung für wirtschaftliche Entwicklung ist. Kaum Bewegung auszumachen ist in der Landwirtschaftspolitik und der Rolle der kantonalen landwirtschaftlichen Schule Plantahof. Es fehlt auch nicht das Bekenntnis zur Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern. Konstruktive Ansätze zeigen sich hingegen bei der einzelbetrieblichen Förderung, der Beschaffung von Boden durch den Kanton oder der Forderung nach Masterplänen in den Tourismusregionen.

Es bleibt abzuwarten, ob die komplexe Materie mit sich widersprechenden Ansichten und Forderungen in ein taugliches Wirtschaftsentwicklungsgesetz mündet. Die Vorleistung der SP hat sich in jedem Fall gelohnt.

Peter Peyer, Grossrat & Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, Trin

Wirtschaftspapier der SP Graubünden:
www.sp-gr.ch/wirtschaft-abgaben-und-staatpolitik/

Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden:
www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/botschaften/Botschaften_20142015/Bot_08_2015_web.pdf

Wirtschaftsbericht der Regierung

Köbi Gantenbein, Chefredaktor von Hochparterre und Mitglied der SP Graubünden, seit 1. Juli 2014 Präsident der kantonalen Kommission für Kulturförderung, Kulturförderung Fläsch

Fünf Bemerkungen zu Wirtschaft und Kultur.

Von Köbi Gantenbein

Das Papier, mit dem die Regierung über die «Wirtschaftsentwicklung in Graubünden» nachdenkt, widmet einen Abschnitt der Bedeutung der Kultur fürs wirtschaftliche Vorankommen. Das ist erfreulich. Nötig sind aber fünf Anmerkungen. Der Bericht sieht Kultur vorab als Veranstaltung, die unmittelbar im Fremdenverkehr in Wert gesetzt werden kann. Doch Kultur und Kunst sind – auch ökonomisch gesehen – mehr als Logiernächtebeschafferinnen. Also rege ich fünf Gedankenweiterungen an.

Erstens: Kultur und Kunst schaffen Umfelder, begünstigen Standorte, bereichern das Leben. Wo gesungen wird, lass Dich nieder. Es mag sein, dass sich in Wollerau die Millionäre auf die Füsse stehen, die Chordichte in der Val Lumnezia aber ist dichter. Und so weiter. Der Bericht möge also in «Stossrichtungen und Wert» setzen, wie mit eigensinniger Kultur und Kunst von Profis und Laien Standorte gefördert werden – als Wohnorte, als Arbeitsplätze und –räume, als gesellschaftliche Güte und als Freude zwecklos schön.

... auch gilt zweitens, dass Kultur Wissen, Infrastrukturen und Arbeitsplätze aufbaut. Im Theater, in der Architektur und in weiteren Künsten. Fast durchwegs privat geschäftende Unternehmerinnen und Unternehmer versuchen hier Neues und gehen Risiken aller Art ein. Gut so. Wirtschaftspolitik tut gut daran, solche Unternehmen und ihre Projekte herauszufordern und zu fördern – wie Informatikerfindung oder Tourismuswagemut.

... dann drittens: Der wirtschaftliche Blick möge die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von künstlerischer Aus- und Weiterbildung nicht verkennen: Ein Beispiel für vielfältige, auch nachhaltige ökonomische Wirkung sind die kantonalen und regionalen Museen oder Orte wie die «Kultur- und Musikwochen Arosa», die dank breitem Kursangebot über die konsumorientierte Veranstaltungskultur hinausreichen. In der Aus- und Weiterbildung von Laien – auch von Kindern und Jugendlichen – in Musik, Theater, Kunst gäbe es allerhand wirtschaftlich Einträgliches zu tun. Denn diese braucht gute Orte.

... schliesslich viertens: Wesentlich für die Substanz und das Bild, das die Bewohnerinnen und Bewohner mögen und aus denen der Fremdenverkehr Geschäfte macht, sind intakte Dorfbilder und Landschaften, alte malerische Häuser und zeitgenössische Bauten. Graubünden ist damit gesegnet, und sie pfiffig touristisch zu nutzen wäre klug.

... und endlich fünftens: Zu konstatieren ist auch, dass die Substanz der Denkmäler lottert, weil die Mittel Privater und der Denkmalpflege für den Unterhalt der Denkmäler nicht reichen. Es ist nützlich, wenn Wirtschaftsförderung die Rolle von Baukultur, Denkmal und Denkmalpflege erkennt und diese auch materiell unterstützt.

Nein zur Aufhebung der Zusatzleistungen

Städtische Volksabstimmung vom 30. November 2014

Nein zur Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen zu kantonalen Ergänzungsleistungen

Von Tina Gartmann-Albin

Tina Gartmann-Albin, Präsidentin der SP Fraktion im Gemeinderat & Grossrätin, Chur

Die SP Chur fasste an ihrer Sektionsversammlung einstimmig die **NEIN-Parole.**

An der Gemeinderatssitzung vom 10. April 2014 lehnten unsere Fraktion und die Mitglieder der Freien Liste/Verda die Aufhebung der Zusatzleistungen klar ab. Zwar anerkannten diese Gemeinderäte, dass die Stadt unter grossem Spardruck stehe, jedoch dürfe dies nicht zu Lasten von bedürftigen AHV- und IV-Bezügern gehen. Wenn Ausgaben gekürzt werden und Opfer gebracht werden müssen, dann soll dies trotz allem gerecht zugehen.

Dem Geschäftsbericht des Stadtrates zufolge bekommt Chur die diversen Steuergeschenke der letzten Jahre stark zu spüren. Im Bericht heisst es: «Betrugen diese (Steuereinkommen) 2007 noch 126,3 Mio. Franken, werden sie sich im Jahr 2013 auf dem praktisch gleichen Stand wie im Jahr 2002, das heisst bei rund 100 Mio. Franken, bewegen. Es liegt auf der Hand, dass diese Rechnung nicht aufgehen kann.» Aus Sicht der SP Fraktion dürfen diese Steuergeschenke nun nicht bei den sozial schwachen Gruppen, welche eine Ergänzungsleistung beziehen, den älteren Menschen sowie Menschen mit einer IV-Rente in Rechnung gestellt werden.
Bei den Zusatzleistungen geht es um einen monatlichen Beitrag von rund 100 Franken als Anteil an die Mietkosten oder zu den persönlichen Auslagen im Heim. Es geht also unter anderem um einen Anteil an die Mietkosten. Damit zeigt sich auch, wo das eigentliche Problem steckt: nämlich bei den stetig steigenden Mieten in der Stadt Chur. Hier zeigt ein Vergleich des in diesem Bereich renommierten Büros Wüest & Partner, dass sich die Churer Mieten in der Zwischenzeit dem Niveau von Basel Stadt angleichen. Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf eine Anfrage eingeräumt, dass bei den Ergänzungsleistungen die Mietzinsberechnung in den letzten Jahren nie angepasst wurden – gleichzeitig ist jedoch der Mietpreisindex in den letzten rund zwölf Jahren um 18 Prozent gestiegen. Unter anderem gerade durch die Entwicklung der Churer Wohnungsmieten hat in den letzten Jahren auch die Zahl der städtischen Zusatzleistungen zugenommen.

Die zunehmende Zahl an Bezüger/innen von Zusatzleistungen zeigt, dass die zunehmende Armut bekämpft werden muss. Dies geschieht jedoch nicht mit Sparvorlagen auf dem Buckel der Schwächeren. Der Kompromissvorschlag der SP-Fraktion, die Vermögensfreibeträge zu senken und damit nur einen Teil der Kosten einzusparen, wurde ebenfalls durch die Mehrheit abgelehnt. Darum ein klares Nein zu dieser Vorlage!

IG offenes Davos

Philipp Wilhelm, Präsident IG offenes Davos & Grosser Landrat, Davos

Zu erfahren sind die Davoser Ideen in Bild und Text unter:
www.offenesdavos.ch
oder
facebook.com/offenes-davos

Eine andere Asylpolitik ist möglich

Von Philipp Wilhelm

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über das Asylwesen zu sprechen, ist eine schwierige Aufgabe geworden. Wo immer heute asylsuchende Menschen wohnen sollen, gibt es zunächst einen Aufschrei. Vernünftige Diskussionen sind schwierig, erst recht dann, wenn es um die Menschenwürde gehen soll. Kosten ist die Kennzahl von höchstem Interesse, (Lebens-)Bedingungen nur Nebenerscheinungen. Das ist eine denkbar schlechte Ausgangslage, um für die grossen Herausforderungen humane Lösungen zu finden. Eine rekordhohe Anzahl Menschen ist auf der Flucht vor Krieg, Krisen und widrigen Lebensumständen. Die allermeisten Flüchtigen werden Europa nie erreichen. Trotzdem steigen auch hierzulande die Gesuchszahlen. Wie sind wir dafür gewappnet? Kaum. Überforderung macht sich breit, die Behörden werden von Versäumnissen früherer Tage eingeholt und unsolidarisches Gebaren wie im Falle Laax hindern zusätzlich. Strukturen sind ungenügend oder eben nicht vorhanden. Unser Kanton operiert derzeit mit unhaltbaren Zwischenlösungen, betreibt das Flüeli in Valzeina als Durchgangszentrum und das unwürdige Container-Lager Waldau als Ausreisezentrum. Neben dem Platzproblem gehören konfliktfreies Zusammenleben in beengenden Wohnverhältnissen, Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen, Schulung von Kindern, Verarbeitung traumatischer Erlebnisse zu weiteren und weit komplexeren Herausforderungen.

Ideen, wie das Asylwesen aus einer anderen Perspektive anzugehen wäre, liefert seit über fünf Jahren die Bevölkerung in Davos. Häufig wird die Gemeinde als Beispiel guter Zusammenarbeit genannt. Wieso eigentlich? Man muss wissen, dass in Davos jenseits kantonaler Strukturen ein beachtliches freiwilliges Engagement und die Solidarität vieler Davoserinnen und Davoser besteht. Ein breites, wachsendes Angebot unterstützt Asylsuchende Menschen dabei, am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben von Davos teilhaben zu können: Über 800 Beratungen jährlich, Begegnungs- und Betätigungsanlässe, Konversationstrainings und persönliche Begleitungen gehören dazu. Es existieren also weit mehr Betreuungsstrukturen als vom Asylwesen vorgesehen und die Bevölkerung hat eine Art Aufnahmekultur entwickelt. Beides hat offenbar eine modellhaft positive Wirkung – nicht nur auf die Betroffenen. Es ist zu hoffen, dass Behörden und Politik nicht nur vom positiven Beispiel Davos berichten, sondern auch davon lernen. Das Miteinander hat Davos stark gemacht – nicht das Ausgrenzen.

Zur Mitglieder- und …

Danke!

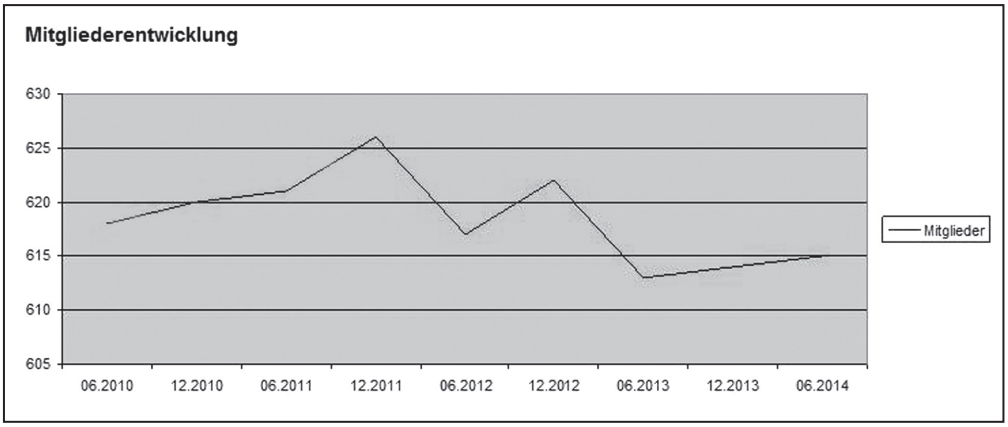
Von Lukas Horrer

Als politischer Sekretär habe ich kürzlich die Mitglieder- und Finanzentwicklung aufgearbeitet und dem Parteivorstand präsentiert. Ich möchte euch, liebe ConcretleserInnen, die wichtigsten Zahlen und das Fazit nicht vorenthalten.

Die Mitgliederzahl der SP Schweiz ist seit einigen Jahren stark rückläufig. Als SP Graubünden sind wir davon nicht betroffen. Unsere Mitgliederzahl hat sich in den vergangen Jahren im Schnitt bei rund 615-620 eingependelt. Am meisten Mitglieder seit den 70er Jahren hatten wir im Jahr 2001, nämlich 635. Per 1. Oktober 2014 zählt die SP Graubünden 621 Mitglieder. Das ist erfreulich.

Jedoch zeigt ein Blick in die Alterstruktur der Mitglieder, dass rund 17 % zwischen 50 und 59 Jahre alt sind, jedoch nur gerade 5 % 30 bis 39 Jahre alt sind. Diese «verlorene Generation» stellt uns vor eine demografische Herausforderung. Wir müssen versuchen, diese Lücke zu schliessen und neue, junge Mitglieder zu gewinnen. Letzteres gelingt, auch dank der JUSO, nicht schlecht. So sind rund 10 % der Mitglieder 20 bis 29 Jahre alt. Ersteres will noch nicht richtig klappen. Wir alle können dazu einen Beitrag leisten: Sprecht mit euren Freunden, Familienmitgliedern und Bekannten. Macht Werbung für einen SP-Beitritt, denn eines ist klar: Wer mitbestimmen will, ist bei uns richtig. Wir sind immer noch die Mitgliederpartei schlechthin. 1200 SympathisantInnen hat die SP Graubünden. Liebe 1200 Sympis, ihr bekommt das Concret auch und lest mit. Erstens: Danke, dass ihr dabei seid! Und zweitens, liebe/r Sympi: Überleg dir, ob du dich nicht noch aktiver einbringen möchtest. Als Mitglied wirst du nicht «nur» über unsere Politik informiert, sondern kannst sie aktiv mitbestimmen. **Ich finde, wir brauchen mehr fortschrittliche BerglerInnen, die sich für alle statt für wenige engagieren.**

Lukas Horrer, politischer Sekretär SP Graubünden, Chur



... Finanzentwicklung der SP Graubünden

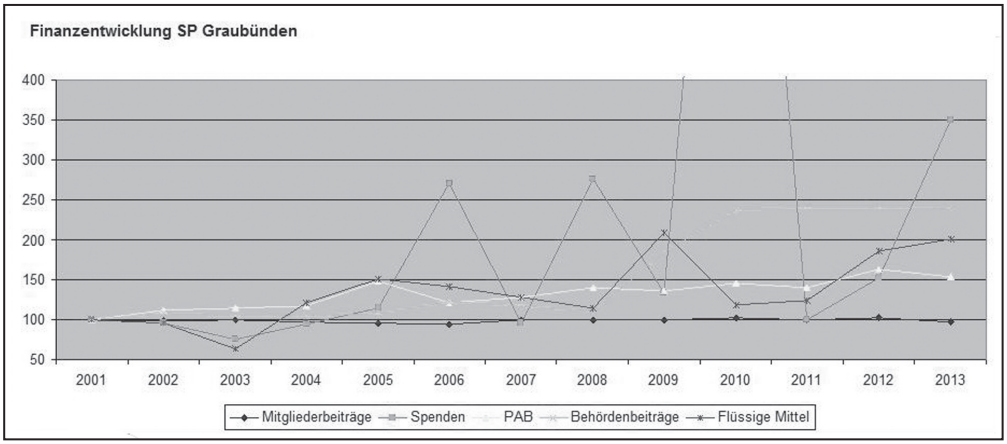
Finanzentwicklung

Bleiben die Mitgliederzahlen stabil, müssten es auch die Finanzen bleiben. Dem ist, im positiven Sinne, nicht so. Die Finanzentwicklung der SP Graubünden verlief in den letzten Jahren äusserst positiv. Hatten wir im Jahr 2001 noch flüssige Mittel von rund 66 000 Franken zur Verfügung, sind das heute (per 31.12.2013) rund 133 000 Franken. Das Eigenkapital konnte in gleichem Umfang gesteigert werden.

Im gleichen Zeitraum (2001-2013) steigerte sich der Umsatz von 98 000 Franken auf 185 000 Franken. Auch das ist beträchtlich.

Wie kommt es zu dieser Entwicklung, obwohl doch die Mitgliederzahl stabil bleibt? Das ist in erster Linie euch zu verdanken. Mit euch meine ich alle Concret-LeserInnen (Mitglieder, Sympis, InteressentInnen), die die SP immer dann, wenn es wichtig ist, finanziell unterstützen. So konnten die Spendeneinnahmen und die Parteiausgleichsbeiträge (PAB) stetig gesteigert werden. Insbesondere bei wichtigen Abstimmungen (z.B. Olympia) und wichtigen Wahlen (z.B. Wahl von Martin Jäger) habt ihr uns über die Massen unterstützt. Das war auch notwendig, doch ist es deswegen nicht selbstverständlich. Darum möchte ich euch zwar schlicht, dafür aber ehrlich, ganz einfach eines sagen: Danke! Ihr ermöglicht eine SP, die finanziell unabhängig politisiert. Eine SP die nur ihren Mitgliedern und keinen Sonderinteressen verpflichtet ist.

Neben höheren Parteiausgleichbeiträgen und Spenden, leisten auch unsere MandatsträgerInnen einen wesentlichen Anteil. Unser Bankrat Christian Thöny, unser Verwaltungsrichter Robert Stecher, unsere Nationalrätin Silva Semadeni, unser Regierungsrat Martin Jäger und unsere GrossrätInnen leisten jährlich einen beträchtlichen Beitrag. Die Mandatsbeiträge konnten, insbesondere durch neue Mandate (wie beispielsweise den Sitz im Bankrat) von 20 000 Franken im Jahr 2008 auf heute rund 40 000 Franken gesteigert werden. Auch euch sei an dieser Stelle gedankt. Ihr ermöglicht es, dass es in der SP keine Rolle spielt, wie dick der Geldbeutel eines Kandidaten ist.



JUSO

JUSO Graubünden in neuem Mantel

Von Pascal Pajic

Frischer Wind durchwehte die JUSO Graubünden in den letzten Monaten. Mit einigen neuen Änderungen aller Art konstituierte sich die JUSO Graubünden neu, um weiterhin so effizient der politischen Arbeit nachgehen zu können und gleichzeitig ansprechender nicht nur für die Basis, sondern auch für Neumitglieder zu sein.

Im Frühsommer dieses Jahres führte die JUSO Graubünden ein neues Konzept ein, welches in verschiedenen Kantonalsektionen schon längstens verbreitet und oft anzutreffen ist, nämlich das Konzept des «Politznachts». An einem Politznacht treffen sich Mitglieder, aber auch SympathisantInnen der JUSO in einem ungezwungenen und informellen Rahmen, essen, trinken und diskutieren gemeinsam und verbringen einen gemütlichen Abend. Dabei steht die Politik nicht im Vordergrund, fehlt aber auch nicht; so kann man entweder Transparente mit griffigen Slogans versehen, ein Referat organisieren oder auch exponiertere Mitglieder, wie beispielsweise Fabian Molina, einladen, um mit ihnen zu diskutieren. Die ungezwungene und gemütliche Art des Politznachts, macht diesen Anlass besonders für Neumitglieder geeignet, welche sich erst einmal in das politische Geschäft der JUSO einleben wollen. Die JUSO Graubünden hat sehr gute Erfahrungen mit diesem Konzept gemacht und in der jüngsten Zeit bereits drei Anlässe solcherart durchgeführt.

Im Rahmen der ausserordentlichen Generalversammlung im August 2014 wurden Änderungen in der Vorstandskonstellation der JUSO Graubünden durchgeführt. Vor allem die Verteilung der verschiedenen Arbeiten und Aufgaben wurde angepasst, um eine höhere Effizienz zu erreichen und das Niveau der politischen Tätigkeiten zu gewährleisten. Beispielsweise wurde die Medienarbeit vom Präsidium getrennt und ein neues Amt geschaffen, welches sich ausschliesslich mit der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit befasst.

Obwohl die JUSO Graubünden in letzter Zeit keine selbständigen Grossanlässe im Öffentlichen Raum organisiert hat, konnten wir in den letzten Wochen einige Neumitglieder gewinnen. Dies zeigt, dass die JUSO Graubünden durchaus attraktiv für die Bündner Jugend ist. Zudem ersteht die Sektion der JUSO Tessin wieder auf und die JUSO Graubünden ist sehr daran interessiert, da Unterstützung zu bieten. Kontakt besteht schon und eine enge Zusammenarbeit ist aufgrund der sprachlichen Gegebenheiten in unserem Kanton sehr sinnvoll. Ihr seht, es kommt Bewegung auf und wir können gespannt sein, was die Zukunft so bringt!

Pascal Pajic, Präsident der JUSO Graubünden, Chur

Leute:
Pascal Pajic
JUSO-Vorsitzender

Pascal Pajic

Jahrgang 1993

Wohnhaft in Chur und Fribourg

Medizinstudent

Politische/öffentliche Ämter:
Präsident der JUSO GR, Präsident des Jugendparlaments Stadt Chur, Grossrats-Stellvertreter, Mitglied des OKs der Eidgenössischen Jugendsession

Hobbies:
Lesen, viel Zeit mit Freunden verbringen, Fitness, gutes Essen essen und guten Wein trinken

Concret: Pascal, du bist Grossratstellvertreter in Chur und neuer Präsident der Juso Graubünden, aber schon länger politisch engagiert. Was hat dich so jung politisiert?
Pascal: Das ist eine längere Geschichte. Meine Eltern kommen aus dem Balkan. Meine Mutter ist Serbin, mein Vater Kosovare. Ich habe früh miterlebt, wie sie bei der Wohnungs- oder Jobsuche diskriminiert wurden. Diese Erfahrung der Ungleichheit prägt. An der Kanti war ich dann Mitglied der Schülerorganisation und merkte zum ersten Mal, dass man ändern kann, was einen stört. Ich wollte mich auch ausserhalb der Schule einsetzen und informierte mich über die Jungparteien. Die Juso fiel mir auf mit ihrer Betonung von Gerechtigkeit und Toleranz. Für andere mag das nach einfachen Schlagwörtern klingen, aber genau dieses Bekenntnis hat mich angezogen.

Und wie stehen deine Eltern zur neuen Amtswürde?
Sie sind sehr stolz und unterstützen mich. Gerade auch weil mein Umfeld sonst eher apolitisch ist, schätzen sie meinen Einsatz.

Du engagierst dich neben dem Parteipräsidium noch für das Jugendparlament der Stadt Chur. Lässt sich das gut vereinbaren?
Zeitlich lässt sich das gut vereinbaren, weil ich mir einfach mehr Zeit nehme für meine Engagements. Das Jugendparlament ist politisch allerdings neutral, hält sich bewusst aus dem Parteienhickhack raus. Ich muss also verschiedene Rollen einnehmen. Als Jusopräsident vertrete ich pointierte Meinungen: Wir scheuen uns nicht zu provozieren. Vertrete ich die Meinung des Vorstands des Jugendparlaments, halte ich mich aber selbstverständlich an die Kollegialität.

Was steht als erstes an in deiner Büez für die Juso?
Momentan arbeiten wir an einer Neustrukturierung. Wir reorganisieren den Vorstand, definieren die Ämter klarer, trennen zum Beispiel die Medienarbeit vom Präsidium. Das soll uns effizienter machen. Ausserdem wollen wir bei den nächsten Kampagnen unsere Basis stärker ansprechen. Oftmals ist vor allem der Vorstand vor Ort bei Aktionen. Jetzt geht es darum, die Basis vermehrt zu aktivieren wie bei 1 zu 12. Sie soll mehr machen, mehr eingebunden sein, mehr Politik erfahren.

Wenn du von Kampagnen sprichst, sind das nationale Anliegen oder plant ihr auch spezifisch kantonale Projekte?
Die nationale Spekulationsstoppkampagne steht bereits in den Grundzügen. Wir werden die Hilfestellungen der Juso Schweiz wie Flyer, Flaggen oder Workshops nutzen, aber sicher auch eigene Ideen umsetzen als Kantonalsektion. Wir sind jedenfalls mega motiviert.

AZB 7000 Chur
Postcode 1

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 30. November 2014

Eidg. Vorlagen:

Ecopop	**NEIN**
Gold-Initiative	**NEIN**
Pauschalbesteuerungsinitiative	**JA**

Kant. Vorlagen:

Gebietsreform	**JA**

Neue Website der SP Graubünden

Die Website der SP Graubünden war etwas in die Jahre gekommen. Seit gut einem Monat ist die neue Website der SP Graubünden online. Die Adresse bleibt natürlich die gleiche: www.sp-gr.ch. Schaut sie euch an. Wir hoffen, sie gefällt.
Fragen, Kritik oder weitere Anregungen nimmt das Sekretariat gerne entgegen (info@sp-gr.ch).
Die neue Website soll zudem der Dreisprachigkeit unseres Kantons Rechnung tragen. Die Übersetzung der Website ist in Arbeit. Die Website wird so rasch als möglich dreisprachig online sein.

Wahlparteitag der SP Schweiz vom 14. Februar 2015

Nächstes Jahr stehen nationale Wahlen an. Das Wahljahr so richtig einleuten wird der Wahlparteitag der SP Schweiz. Dieser findet am 14. Februar 2015 in Martigny statt. Ein Besuch lohnt sich allemal. Zudem verfügen alle Sektionen über Delegiertenstimmen. Möchtest du dabei sein? Melde dich bei deinem Sektionsverantwortlichen oder beim SP Graubünden Sekretariat (info@sp-gr.ch).

Wahlkampf 2015: Nichts kommt von alleine

Der Wahlkampf 2015 wird eine grosse Herausforderung. Die SP Graubünden will zulegen und ihre Verluste von 2011 gutmachen. Wir wissen aber: Nichts kommt von alleine. Darum brauchen wir dich! Dein Engagement ist für eine erfolgreiche Wahlkampagne unerlässlich. Wir zählen auf dich. Egal ob du Flyer verteilen, LeserInnenbriefe schreiben, eine Standaktion organisieren, Plakate aufhängen oder deinen Freunden einen Brief schreiben möchtest – melde dich beim Sekretariat (info@sp-gr.ch).

Impressum
Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

4/2014 November

www.sp-gr.ch
info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer (Redaktionsleitung), Stefan Grass, Silvia Modalek, Andri Perl
Versand: Peter Montigel, Christian Brasser & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Spescha Luzzi
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 1/2015:
19. Januar 2015